

Jahresrückblick 2024

Die Vorbereitung meines Jahresrückblicks begann wie immer mit einer gewissen Ratlosigkeit. Was soll und will ich euch politisch bewussten Menschen aus einem Jahr mitteilen, das Ihr alle aufmerksam miterlebt habt? Von Jahr zu Jahr schwieriger wird es leider, den Ereignissen der jeweils abgelaufenen zwölf Monate den geschätzten heiteren Aspekt abzugewinnen. Das Motiv der Zerstörung sowohl der Freiheit und der Demokratie als auch der Lebenschancen kommender Generationen hat 2024 mächtige Verstärkung erlangt. Die USA haben sich diesem Motiv wollüstig ergeben. Mindestens Frankreich, Österreich und die Slowakei stehen geradezu Schlang mit derselben Bereitschaft. Lustvoll ausgelebte Aggressivität gegen alle nur ersichtlichen Minderheiten und gegen die Natur unseres Erdballs lässt gleichzeitig den tiefen Schatten der Autoaggressivität erkennen. Wer so konsequent wie Trump, Musk, Le Pen, Meloni und natürlich bei uns Höcke und Weidel alles kaputt machen will, macht natürlich auch seine Basis, seine kleine Welt kaputt. Leute, die endlich mal ihre Ruhe haben wollen, sehnen sich nach dem Bürgerkrieg.

Ich will Gegenkräfte keinesfalls übersehen. In Großbritannien ist der völlige Irrsinn einer erträglichen Mittelmäßigkeit gewichen. Menschen in Georgien und Rumänien wehren sich gegen Putins eisernen Griff. In der Ukraine sterben jeden Tag Kämpfer für jene Freiheit, die viele bei uns heute so gering schätzen. Und in den allerletzten Tagen hat das syrische Volk eine seit einem halben Jahrhundert verlorene Freiheit wiedererlangt – und wird sie hoffentlich nicht wieder aufgeben. Unsere Unionsparteien brauchten keine 24 Stunden für den ach so attraktiven Gedanken, nun alle hier auch bestens integrierten Menschen aus Syrien sofort in die noch bestehende

Ungewissheit ihres Heimatlandes zurückzuschicken. Für Remigrationsfantasien brauchen wir keine AfD.

Auf der Suche nach heiteren Effekten schaue ich mal in meinem Rückblick von 2023 nach und lese da: „Bei Äußerungen von Friedrich Merz, Hubert Aiwanger und Markus Söder glaubte man immer wieder mal, einer AfD-Rede zu lauschen. Zu welcher politischen Richtung Christian Lindner gehört, fragt sich die Fachwelt derzeit.“

Nun ja, auch wieder nicht lustig und auch nicht neu. Aber ach ja, Lindner! Der neue Akzent des Jahres 2024 ist die Ästhetik des politischen Gesichts. Über die Figur von Helmut Kohl, die Frisur von Angela Merkel oder die erotische Ausstrahlung von Rainer Brüderle ließ sich manches bemerken. Ob Söder mit oder ohne Bart schöner ist als Aiwanger, steht dahin. Beatrix von Storch sieht so aus, wie sie spricht. Wolfgang Kubicki hat immerhin einmal Humor bewiesen, als er seinen 70. Geburtstag mitteilte und behauptete, dieses Alter würde ihm niemand glauben. Das stimmt wirklich! Er sieht dank der Wunderkraft des Alkohols echt älter aus.

Aber nun Lindner! Endlich einmal kombinieren sich die absolute Dreistigkeit des Auftritts mit der unzweifelhaften Gefälligkeit des Gesichts. Ja, so wie Christian Lindner muss der liberale wachstumskompatible Porschefahrer doch einfach aussehen! Niemand wird bezweifeln, dass die Masse der von ihm so verachteten Bürgergeldbezieherinnen und -bezieher mehr Falten im Gesicht hat und mit mehr Sorgen im Kopf einfach nicht so blendend aus dem Maßanzug schaut. Armut ist hässlich und muss genau dafür bestraft werden.

Und die Makellosigkeit von Figur und Gesicht und Stimme und Wortschatz ist ja auch der eigentliche Erfolgsfaktor von Sahra Wagenknecht. Wer so schöne Augen hat, wer sich so elegant bewegt, wer so milde spricht, dem

folgt man doch gerne auf der Schleimspur der absoluten Amoralität. Was will uns stolzen Akademikern schon die auf die Bierflasche in der Hand gegründete AfD-Philosophie? Nein, Sahra Wagenknechts BSW, das Bündnis Siegreicher Wladimir, verheißt uns besseres. Eine von der Chefin handverlesene Elite wird uns in einem zwischen Fürsorglichkeit und Härte wohl abgewogenen System versorgen und führen, sorgfältig eingemauert gegen Migration und Klimasorgen, wohligherzigt von Putins Gas und Öl und – wie im System Lindner – ohne lästige Empathie gegenüber Leuten, die nun einmal hässlicher, ärmer oder dümmer sind als die Strahlefrau selbst. Unsere Genossen in Brandenburg und Thüringen in einer Koalition zu wissen, bei der in Gestalt der schönen Sahra der hässliche Putin mit am Tisch sitzt, schmerzt extrem. Mag sein, dass diese Koalitionen aus Verantwortungsgründen unvermeidbar sind, doch können sie uns auch furchtbar auf die Füße fallen. Dadurch – und nicht nur dadurch – ist die Stimme der überzeugenden Solidarität mit der Ukraine nicht die Stimme der SPD.

Momentan hat Christian Lindner Ärger mit dem D-Day-Papier. Ich könnte ihm ja einen heißen Tipp zur Erläuterung geben, wo das Papier herkommt, doch befürchte ich als Belohnung eine Ehrenmitgliedschaft in der FDP. Das Papier hat natürlich Lindners Bruder verfasst.

Nächstes Jahr sollen denn also die „bürgerlichen“ Parteien dominieren. Die Selbstzuschreibung von Mitte-Rechts-Parteien als „bürgerlich“ ist so dreist wie unhistorisch. Dreist, weil der anderen Hälfte des politischen Spektrums damit ein gewisses Niveau der Lebensführung abgesprochen wird. Man möge erstaunt zur Kenntnis nehmen: Auch Mitglieder von SPD, Grünen oder Linken essen mit Besteck – siehe nur den heutigen Abend! – lesen mitunter ein Buch, haben den einen oder anderen Schulabschluss oder gar den Dokortitel, sparen in Aktienfonds und leben vielleicht in eigener Immobilie.

Noch mehr Gewicht hat der historische Einwand. Natürlich ist es originell, wenn sich CDU/CSU, FW und FDP streng nach Karl Marx als Verteidiger der durch das Privateigentum an Produktionsmitteln definierten bürgerlichen Gesellschaft definieren. Doch genauso wie die Mitgliedschaft in diesen Parteien heute nicht nur durch Kapitalbesitz begründet ist, versammelt sich die vermeintlich proletarische Gegenseite längst nicht mehr um das Ziel der revolutionären Aufhebung dieses Privateigentums.

Kaum je wird das Paradoxon formuliert, dass die auf Parteitage oder in Parlamenten über Energie, Steuern, Rüstung, Renten, Migration, Klimaschutz, Tierwohl, Krankenhäuser oder Altenpflege streitenden Menschen sich weitgehend der Lösung von Problemen verpflichtet haben, die sie selbst nicht haben. Michael Schrodi oder Herbert Kränzlein oder Peter Falk kämpfen nicht für sich oder ihre eigene Familie um bezahlbare Mietwohnungen. Carmen Wegge kämpft nicht für sich um eine Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs. Ich engagiere mich nicht für eigenen Geldvorteil für das Jahrhundertwerk der gesetzlichen Rentenversicherung. Die Zeit der klientelfixierten Mittelstands-, Kleinbauern-, Beamten- oder Arbeiterparteien ist – abgesehen von der verdämmernden FDP – vorbei. Richtig gesehen gibt es heute im demokratischen Spektrum überhaupt nur noch bürgerliche Parteien, nämlich staatsbürgerliche Parteien, deren Mitglieder für ein über den eigenen Vorteil weit hinausreichendes Gerechtigkeitsideal werben. Wer die Hälfte des demokratischen Spektrums aus solcher uneigennütziger Staats-Bürgerlichkeit herausdefiniert, hilft nur jener erstarkenden Bewegung, die zu einer rabiaten Interessendurchsetzung gerne auch mit Gewalt zurückkehren will.